

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anwerbungen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

Telegraphische: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 152 Freitag, den 3. Juli 1925 20. Jahrgang

Todesstrafe für die drei deutschen Studenten in Moskau.

Im Moskauer Prozeß gegen die jungen Deutschen hat der Oberstaatsanwalt Krylenko die Todesstrafe für die drei Angeklagten verlangt. Gegenüber dem schändlichen, schamlosen Prozeßverfahren und dem Antrage des von der Tscheka kommandierten Krylenko ist die öffentliche Meinung in Deutschland absolut einig. Die Presse der Sozialdemokratie und die Blätter der rechten Lager mit gleicher Schärfe ihre Entrüstung über ein geradezu beispielloses Justizverbrechen, durch das junge, völlig schuldlose Menschen den politischen Interessen des Bolschewismus geopfert werden sollen, nachdem auch nicht der geringste Beweis, nichts als irrsinnige Behauptungen, gegen diese angeblichen „Attentäter“ vorgebracht worden ist. Ungezweifelhaft äußert die vorkriegsrechtliche „Tscheka-Rundschau“ ihre Ansicht:

„Selbst aus den Berichten der russischen Telegraphenagentur, deren Tendenzmasche so groß und unerschämte ist, daß sie auch dem blödesten Auge kenntlich wird, ergibt sich, daß gegen die in Moskau angeklagten deutschen Studenten auch nicht der Schimmer eines Verdachtes für die Verbrechen erbracht worden ist, deren sie von den moskowitzischen Gewalttätern beschuldigt werden. Bewiesen wird nur durch die Prozeßhandlungen, was der Angeklagte Kinnermann gleich zu Beginn des Prozesses erklärt hat, nämlich, daß die ganze Anklage und vor allem die Anklageschrift ein Sammelsurium von hinterbranntem Zeug ist, und daß das ganze „Wer“ den Eindruck macht, als wäre es von einem Verrißten her. Nichtsdestoweniger hat der Staatsanwalt den Mut gehabt, gegen die jungen Leute die Todesstrafe zu beantragen, und wir würden uns wahrhaftig nicht wundern, wenn die Moskauer „Richter“ dem Antrag des Staatsanwalts Folge geben würden. Was da in Moskau verurteilt worden ist, das ist eine Justizfälschung der eklektischen Art, aber leider sind ja heutzutage solche Justizfälschungen nichts Seltenes mehr. Wirklich handelt es sich für die Bolschewisten nur darum, sich in der Person der beiden deutschen Studenten Kinnermann und Wolke Geiseln zu verschaffen für den im Leipziger Tschekaprozess zum Tode verurteilten Stoblenoff, der in Wahrheit nicht Stoblenoff, sondern der Bolschewistengeneral Gorkow ist. Um diesen „herborragenden“ Bolschewistenpersönlichkeit willen lohnte es sich schon für die Moskowitz, diese erbärmliche Justizfälschung aufzuführen.“

Der Oberstaatsanwalt hat allerdings gefordert, daß jeder Vorschlag, die jungen Deutschen etwa gegen russische politische Gefangene einzutauschen, abgelehnt werde. Diese pomphaftes Geheiß, die auf die Moskauer Justizerschaft Eindruck machen sollte, kann indessen in Deutschland, wo man über die wahren Beweggründe der bolschewistischen Prozeßmacher nicht im Zweifel ist, nur ein Achselzucken hervorrufen. Auch wir halten es für durchaus möglich, daß das Moskauer Gericht dem Rufe

des Krylenko folgen und die Unschuldigen zum Tode verurteilen wird. Welche moralischen Wirkungen ein solches Urteil in Deutschland haben würde, ist wohl klar.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas hat zur Vorlage in dem Studentenprozeß vor dem Obersten Gericht in Moskau folgende eidesstattliche Versicherung abgegeben, der sich Reichsanwalt a. D. Dr. Wirtz angeschlossen hat:

„Die Angaben des Angeklagten Dittmar über den Charakter des „Studentenwerks“ Berlin und seine angeblichen Beziehungen zu der Organisation Consul erheben mir völlig unerschütterlich. Geradezu phantastisch erscheint mir die Behauptung, daß das „Studentenwerk“ terroristische Akte in Rußland in die Wege geleitet oder bei ihnen mitgewirkt haben soll. Nach meiner Kenntnis ist das „Studentenwerk“ Berlin der britische Wirtschaftskörper der „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft“, einer Organisation, die sich die Studentenchaft aufgebaut hat, um vor allem die Notlage der Studenten zu lindern. Ihre Tendenzen liegen daher ausschließlich in der Fürsorge für die Studentenschaft; mit Politik hat meines Wissens das „Studentenwerk“ nichts zu tun.“

Die Berliner Universität hat durch nachfolgende eidesstattliche Erklärung ihres Rektors ebenfalls gegen die im Studentenprozeß in Moskau aufgestellte Behauptung über die angeblichen Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Organisation „Studentenwerk Berlin“ und der sogenannten Organisation Consul Bestätigung eingeleitet:

„Die große Selbsthilfe-Organisation der deutschen Studentenschaft, die ihren Ausdruck in der Bildung der „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft“ mit dem Sitz in Dresden gefunden hat, hat in den einzelnen Orten, in denen Hochschulen sich befinden, „Wirtschaftsämter“ geschaffen, die sich in Berlin für die baselstift vordahenden neun Hochschulen zu dem „Studentenwerk Berlin G. B.“ zusammengeschlossen haben. Das Studentenwerk Berlin steht durch seine Zellorganisation, nämlich das „Fürsorge- und Wirtschaftsamt an der Friedrich-Wilhelm-Universität“ mit der Universität in organischer Verbindung. Die Universität ist durch beauftragte Vertreter des Lehrkörpers ständig der Aufsicht über Wirken und Tendenzen dieser Organisationen ausgesetzt; sie ist deshalb mit den Arbeiten des Studentenwerks bis ins kleinste vertraut. Auf Grund dieser Erkenntnis erkläre ich, gleichzeitig im Namen des Senats der Friedrich-Wilhelm-Universität, daß das Studentenwerk Berlin sich ausschließlich der wirtschaftlichen Fürsorge für die Studentenschaft ohne Unterschied der Partei widmet. Irgegendwelche Zusammenhänge zwischen dieser rein sozialen Arbeit und politischen Parteien oder Bestrebungen wie vor allem der sogenannten Organisation Consul bestehen nicht.“

Das ganze deutsche Volk lehnt die Beschränkung seiner Luftfahrt ab!

Berlin, 1. Juli. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat das Reichsverkehrsministerium die Beratung der neuen Note der Luftfahrtkonferenz über eine weitere Beschränkung der deutschen Luftfahrt auf breiterer Grundlage und unter Heranziehung aller an der deutschen Luftfahrt interessierten Bevölkerungskreise in Aussicht genommen. Zu diesem Zweck ist der Reichrat für das Luftfahrtwesen für Donnerstag, den 16. d. Mts. zu einer Sitzung im Reichsverkehrsministerium einberufen worden. Der Reichrat setzt sich zusammen aus Vertretern der einschlägigen Industrie, der Luftverkehrunternehmungen, der Wissenschaft, des Sports- und Vereinswesens, des Deutschen Schichttages und der Flughafeninteressenten, sowie aus Vertretern der Arbeitnehmer, aus den Kreisen der Flugzeugführer, Monteurs, Werkmeister und der Arbeiterschaft. Zu der Sitzung sind ferner Beauftragte der mitbeteiligten Reichsministerien und der einzelnen Landesregierungen eingeladen. Außerdem ist der Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Schreiber, Leiter des Instituts für Luftrecht an der Albertus-Universität in Königsberg als Sachverständiger um Teilnahme an der Sitzung gebeten worden.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 1. Juli. Die Beratungen der deutschen und französischen Wirtschaftsdelegation, die heute stattfinden und nach Anündigung Pariser Blätter „entscheidend“ sein sollen, sind abgelehnt worden. Die Leiter der beiden Delegationen sind der Ansicht, daß einige Detailfragen erst in den Kommissionen geregelt werden müssen, bevor sie in der öffentlichen Diskussion ansetzen

werden können. Die französische Delegation wird heute die deutschen Vorschläge nochmals genau prüfen. Voraussichtlich werden danach morgen die beiden Hauptdelegierten Trenbelenburg und Chaumet zusammenkommen.

Schatminister Mussolini.

Rom, 1. Juli. Mussolini demotiert kategorisch die Behauptung, die Regierung plane die Einführung der Goldlira. Laut „Impero“ übernimmt an Stelle Desseani Mussolini selbst provisorisch den Posten des Schatzministers, um persönlich den Kampf für die Lira zu leisten. Damit würde Mussolini außer dem Ministerpräsidenten und dem Ministerium für Luftfahrt fünf Portefeuilles vertreten, nämlich: Außeneres, Krieg, Marine, Schatzamt und Wirtschaft.

Ruhiger Verlauf von Studentendemonstrationen in China.

London, 1. Juli. Einer Neutermeldung aus Peking zufolge war die heutige Protestversammlung der Studenten in Kanton nur schwach besucht. Einige Hochschulen enthielten sich überhaupt der Teilnahme an dieser geplanten Massenversammlung. Die Nationalflagge wurde nicht gehißt, aber viele rote Fahnen waren zu sehen. Eine Gruppe von Soldaten des Generals Fung trug eine Fahne mit der Aufschrift: „Opfert euer Leben für die Menschheit!“ Im übrigen ist die Lage ruhig. Nach einer Neutermeldung aus Schanghai ist die bei den Unruhen in Schanghai Getöteten veranstaltete Parade, ruhig verlaufen. Der Schiffahrtstreik und die Demonstrationen zeigen noch keine Abnahme.

Internationale Eisenbahnerkonferenz.

Kallingsna, 1. Juli.

In seiner heutigen Sitzung hat der hier tagende Internationale Eisenbahnerkongress eine Resolution angenommen, worin u. a. ausgeführt wird: Der Kongress schließt sich dem Protest an, den das Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I.T.F.) gegen die Verfolgungen der Eisenbahner, insbesondere in Italien, Ungarn, Finnland, Griechenland, Jugoslawien und Palästina erhoben hat, und fordert ein unbeschränktes Koalitions- und Versammlungsrecht. Er stellt mit Bedauern fest, daß der BÖlterbund auch auf das entsprechende Ansuchen der I.T.F. nichts beantragt hat und anscheinend nicht in der Lage ist, die dem BÖlterbund angehörenden Staaten zur Erfüllung der in den Friedensverträgen und im BÖlterbundstatut enthaltenen Verpflichtungen hinsichtlich der Koalitionsfreiheit zu zwingen. Der Kongress wendet sich daher an die Arbeiterorganisationen der in Betracht kommenden Länder mit der Aufforderung, das Eisenbahnerpersonal mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in seinem Kampf um Bewegungsfreiheit zu unterstützen und beantragt gleichzeitig beim Internationalen Arbeitsamt die Durchführung der bereits im Oktober 1923 beschlossenen Untersuchung über die Organisationsfreiheit. Er verlangt ferner die Wiedereinstellung aller Eisenbahner, die wegen ihrer Teilnahme an Streiks oder wegen ihres Entretens für die Organisation entlassen worden sind, und fordert die von der I.T.F. geschaffene Organisation auf, den Kampf der betroffenen Kollegen nachdrücklich und zwar nicht nur mit Geldmitteln, sondern wenn irgend möglich, durch solidarische Aktionen zu unterstützen. Der Kongress beschließt daher: 1. die angeschlossenen Verbände werden ersucht, in ihren Fachblättern über die Gestaltung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner ihrer Länder zu berichten, 2. bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß deren Vertreter beim BÖlterbund beauftragt werden, diese Frage auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen zu bringen und für die Anerkennung der Koalitionsrechte einzutreten, 3. die I.T.F. hat den Internationalen Gewerkschaftsbund um entsprechende Anweisungen an dessen Arbeitervertreter zu ersuchen, 4. die Eisenbahner aller Länder werden aufgefordert, mit allen Mitteln die Gewerkschaftsrechte, d. h. das Koalitionsrecht, das Versammlungsrecht, das Streikrecht sowie das Recht der Bewerbsthatschaften auf Mitwirkung bei der Beschlußfassung über alle die Eisenbahn betreffenden Fragen, zu erhalten, zu verteidigen und weiter auszubauen. Ferner schließt sich der Kongress, der von den jüngsten Vorkommnissen in China sowie von den an die I.T.F. gerichteten Unterstützungsaufforderungen des chinesischen Eisenbahnerpersonals Kenntnis genommen hat, dem bereits von der Arbeitermergruppe der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf und dem Internationalen Gewerkschaftsbund eingelegten Protest an. Der Kongress ist der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktion der ganzen internationalen Arbeiterbewegung unter der Leitung der internationalen Gewerkschaften eine dringende Notwendigkeit ist.

In einer weiteren Entscheidung nimmt der Eisenbahnerkongress davon Kenntnis, daß der Kraftwagenverkehr sowohl für die Personen als auch für die Warenbeförderung einen Umfang angenommen hat, der die unausgesetzte Aufmerksamkeit der Eisenbahner erfordert. Das Sekretariat der I.T.F. wird beauftragt, die Entwicklung besonders in denjenigen Ländern zu verfolgen, wo die Kraftwagen den Verkehrsunternehmen eine ernsthafte Konkurrenz bereiten und insbesondere über die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen der im Kraftwagenverkehr Beschäftigten sowie über die zur Bekämpfung der immer stärker werdenden Konkurrenz zu ergreifenden Maßnahmen zu berichten.

Der Kongress faßte über die Elektrifizierung der Eisenbahnen folgende Entschlüsse: „Angelehnt der Tatsache, daß in den meisten Ländern eine starke Zunahme der Elektrifizierung der Eisenbahnen bevorsteht, warnt die Konferenz die Eisenbahner davor, die möglichen nachteiligen Folgen der Elektrifizierung zu übersehen, da nur die Erkenntnis der Gefahr zum Erkennen der Mittel führt, welcher sich die Arbeiterschaft zu ihrem Schutze bedienen muß. Die Elektrifizierung darf nicht dahin führen, daß die Arbeitszeit, die Löhne und alle sonstigen Arbeitsbedingungen der in elektrischen Betrieben beschäftigten Lokomotivführer, Heizer und dem Bahnpersonal ungünstiger sind, als in Dampfbetrieben. Die Konferenz stellt noch die Forderung, daß die Dampflokomotivführer jetzt sowie nach Durchführung der Elektrifizierung bei Anstellung als Führer elektrischer betriebener Bahnen in erster Linie berücksichtigt werden. Ferner wurde gewünscht, daß die Verwaltung von Eisenbahnen bzw. von einem Verwaltungsrat beauftragt

benen
che und
chäftig
n der

er
ull
n.

berg



und Frau.

Aue
geplante

ben, da der
Entwicklung
ert hat.

Aue.

terrealschule

trag

berg
n Bühne
underte.

llkommen!

ne

Leipzig.

er
für Gas
n.

er

ur

cht.
Ergeb.